

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 130 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 9. Juni 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Hindenburg und Meißner
als Zeitungsgründer
Seite 2

Nationalsozialistische
Dokumente
Seite 3

Hilfer und
die Rüstungsinternationale
Seite 4

Frauen in Barbatiem
Seite 7

Kommt die Binnenmark? Gestern und heute

Experimente der deutschen Währungspolitik

Nachdem die Reichsmark im Auslande zwei Tage stark gefallen war, ist sie am Donnerstag wieder auf 5,78 bis 5,78 französische Franken gestiegen, aber immerhin noch 5 v. H. unter der Goldparität geblieben. Die leichte Erholung ist durch eine Intervention der Reichsbank bewirkt worden. Die Reichsbank schien zunächst die Bedeutung des diesmahligen Sturzes nicht erkannt zu haben; sie hat erst am Donnerstagabendmittag stützend eingegriffen. Die gleichgeschaltete Presse, soweit sie überhaupt zu dem Marksturz Stellung nimmt, tröstet sich damit, daß es der Reichsbank wieder gelungen sei, die angebotenen größeren Markstränge aufzufangen.

In einigen Kommentaren kommt ziemlich unverständlich zum Ausdruck, daß die Entwicklung einer Binnenmark zuhauert. Ueber die tieferen Gründe dieser Entwicklung lassen wir nachstehend unseren wirtschaftspolitischen Mitarbeiter zu Worte kommen.

Nach offiziellen deutschen Angaben ist die Rohstoffversorgung der wichtigsten deutschen Industrien durch die Anlage von „eisernen Beständen“ angeblich auf vier bis fünf Monate gesichert. Das im ersten Quartal 1934 bei der Einfuhr eine sehr starke Vorverlagerung betrieblen wurde, ist auch im Auslande allgemein vermerkt worden. Angesichts der bevorstehenden Transferkonferenz hatte man damals in Berlin ein großes Interesse daran, die Devisenlage so ungünstig wie irgend möglich darzustellen und für die Fortsetzung des Aufrüstungsprogrammes blieb es schließlich ziemlich gleichgültig, ob man über den betreffenden Devisenstand oder über die hierfür eingeführte Rohstoffmenge selbst verfügte.

Auch sonst geht die deutsche Wirtschaftspolitik offensichtlich darauf aus, lieber Rohstoffe als Devisen anzusammeln. Erst kürzlich kam dies darin zum Ausdruck, daß man Sowjetrußland ersuchte, an Stelle der im Jahre 1934 aus alten Lieferungen fällig werdenden Goldzahlungen von etwa 700 Millionen Reichsmark entsprechende Rohstofflieferungen vorzunehmen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diese an und für sich zweifellos vorhandene Vorverlagerung tatsächlich für vier oder fünf Monate ausreicht, oder ob man diese etwas optimistische Behauptung hauptsächlich deswegen aufgestellt hat, um die im „dritten Reiche“ selbst immer deutlicher werdende Skepsis über die kommende Wirtschaftsentwicklung zu bekämpfen. Jedenfalls steht fest, daß man heute selbst im Exportgeschäft darauf bedacht ist, mit Rohstoffen, die man in absehbarer Zeit kaum mehr erziehen kann zu sparen, und daß man sogar lieber Auslandsbestellungen ablehnt, als daß man in der Form von Fertigfabrikaten Rohstoffe exportiert, die man für den Zweck der Aufrüstung kaum so leicht einkaufen kann. In gleicher Linie liegen die mehr oder weniger phantastischen Angaben über Methoden, die wichtigsten ausländischen Rohstoffe durch inländische Surrogate zu ersetzen. Erfahrungen dieser Art hat man im Krieg sammeln können, und es hat sich fast immer herausgestellt, daß es selbst bei größtem Rohstoffaufwand und hervorragenden technischen Leistungen, von wenigen Einzelfällen abgesehen, nicht möglich war, auf diese Weise längere Zeit hindurch die ausländischen Rohstoffe zu ersetzen.

Dies gilt in erster Reihe gerade von den für die militärische Aufrüstung Deutschlands wichtigsten Industrien. Die Erziehung des Landes ist völlig unzureichend und es war nur im Weltkriege durch die Besetzung französischer und belgischer Gebiete möglich, sie zu erweitern. Heute stammen mindestens 60 Prozent der Rohstoffe der deutschen Schwerindustrie aus dem Auslande und bei der für militärische Zwecke ebenfalls hochwertigen Textilindustrie beläuft sich der ausländische Rohstoffanteil sogar auf 95 Prozent. Auch in der Ernährungsfrage sollte man sich vor der Ueberschätzung des hitlerdeutschen Schlagwortes von der Lebensmittel-Autarkie hüten, denn die Beträge, die Deutschland besonders in der Fettversorgung noch immer für den Bezug ausländischer Rohstoffe benötigt, gehen in die Milliarden.

Das allergrößte wird man allerdings weiter im Austausch gegen den Export von Fertigfabrikaten herbeizubekommen können, aber diese Mengen werden, ganz abgesehen von der ständigen Verschärfung der politischen Situation immer geringer, weil Deutschland keine Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt immer mehr einbüßt.

Bisher war es möglich, auf dem Weltmarkt das Schicksal der Rohstoffe, das nur eine besondere Art des Dumpings dar-

stellt, die in den hohen Exportpreisen liegenden Ausführungserschwerungen zu mildern. Jetzt wird man auf andere Mittel sinnen müssen, denn ohne besondere Dumpingmaßnahmen würde die deutsche Ware im Auslande schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit selbst dann nicht abzuliegen, wenn die Schwertstellung der Handelspolitik, der bevorstehenden Zwangsmaßnahmen, des politischen Konflikts um nicht bestehen würden. Ein Vergleich der Großhandelsindizes der wichtigsten Exportstaaten (Deutschland: 94) zeigt dies ganz deutlich. Von den außerdeutschen Ländern steht hier die Schweiz mit einem Index von 91 etwa an erster Stelle. Es folgen die Tschechoslowakei (nach der Devaluation der Kc.) mit 81, Frankreich mit 79, England mit 65, die USA mit 64 und Japan mit 49. Zur Verbilligung seiner Preise hat Deutschland bisher unter dem Hitlerregime so auf wie nichts getan und aus innenpolitischen Gründen auch nicht tun können, weil Industrie und Landwirtschaft jeden Verlust einer wirklichen Preislenkung mit einer oppositionellen Haltung beantwortet hätten, der sich die Hitlerregierung nicht ausliehen konnte. Ebenso wenig hat man sich bisher in Deutschland dazu entschlossen, den Weg der Devaluationspolitik zu betreten mit dem zuerst England, später die USA, und schließlich die Tschechoslowakei eine Verringerung ihrer Exportmöglichkeiten durchsetzten. Dieser Weg war dem Hitlerregime bisher durch den Widerstand des Mittelstandes auf dessen Gefolgschaft man angewiesen ist und auch durch die immer wiederholten Erklärungen verbaut, daß man den Kurs der Mark unter allen Umständen aufrecht erhalten werde.

Heute ist man auf diesem Gebiete gezwungen, politische Rücksichten preiszugeben. Heute rüftet Deutschland zu einem neuen gefährlichen Experiment, das die internationale Besserung der Konjunktur in vielleicht nicht geringem Maße beeinträchtigen dürfte: Hitlerdeutschland bereitet eine Binnenwährung vor.

Der Export von Reichsbanknoten ist seit einiger Zeit auf ein Minimum reduziert worden da der im Auslande notierte Kurs der sogenannten „alten Reichsmark“ seit Monaten nur noch dadurch auf seiner Parität gehalten werden kann, daß die Reichsbank die angebotenen Beträge durch Herausgabe von Devisen übernimmt. Angesichts der Kapitalflucht, die sich heute infolge des enghirnigen Kontrollwesens der deutschen Devisenlenker ganz vorwiegend auf dem Wege über den Schmuggel von Marknoten abspielt, ist die Erfüllung dieser Aufgabe für die Reichsbank immer schwieriger und kostspieliger geworden. Jetzt ist man bereit, das schon früher von Professor Wagemann empfohlene Rezept durchzuführen

und die mit Gold gedeckten Reichsbanknoten lediglich für den Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande zu reservieren, während der Zahlungsmittelbedarf des Inlandes durch ein Binnengeld gedeckt wird das über keine Golddeckung verfügt.

Nach den von Schacht jetzt aufzunehmenden Plänen Wegmanns will man den Wert dieser neuen deutschen Binnenmark dadurch aufrecht erhalten, daß man nur eine bestimmte Menge dieser Noten in Umlauf legt, und von denen nicht mehr druckt, als es in dem Inlande umgesetzten Warenmengen entspricht. Selbstverständlich ist es ganz unmöglich, die richtige Höhe dieses Notenumlaufes zu errechnen und den währungspolitischen Experimenten, vor allem aber die Möglichkeit, sich durch Geldschöpfung immer neue Möglichkeiten zu erschaffen, ist auf diese Weise freier Lauf gelassen.

Unter diesen Verhältnissen dürften sich die neuen Gesetze, die alle Preisänderungen, mit Ausnahme der agrarischen, mit hohen Strafen bedrohen, ebenso als ein Schlag ins Wasser erweisen wie die ähnlichen Maßnahmen in früheren Inflationsperioden.

Zunächst haben sich besonders bei denjenigen Waren, die überwiegend aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, auch schon Preissteigerungen von 10 bis 12 v. H. ergeben. Sie mögen teilweise rein psychologisch durch die Erwägung begründet sein, daß die Rohstoffe knapp werden und daß die Industrie, vor allem die Textilfabrikanten ihre Ware bereits zurückhalten. Angesichts der bevorstehenden währungspolitischen Experimente wird sich aber diese Entwicklung auch durch die schärfsten Strafbestimmungen nicht aufhalten lassen. Angesichts der bevorstehenden wügenden Rohstoffnot und des ohne ausländische Hilfe nicht mehr heilbaren Rohstoffmangels steht Deutschland am Vorabend einer Periode gefährlicher Währungs- und Wirtschaftsexperimente, die den ökonomischen — und damit schließlich den politischen — Zusammenbruch des Hitler-Regimes allenfalls für einige Monate verzögern und verschleiern, aber niemals verhindern werden.

Der Stadtschef der SA, Reichsminister Röhm, hat einen mehrwöchigen Krankheitsurlaub angetreten. Um allen Mißdeutungen, die daran etwa geknüpft werden könnten, von vornherein vorzubeugen, läßt der Stadtschef erklären, daß er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt in vollem Umfange weiterführen werde.

Seit einigen Wochen läuft in Berlin der sogenannte zweite Gereke-Prozess. Die Zeitungen melden fast nichts davon, und das Publikum ist auch nicht neugierig. Eine wunderbare Teilnahmslosigkeit umschwebt diesen Prozeß, in dem die interessantesten Geheimnisse aus der Vorgeschichte des „dritten Reiches“ ans Tageslicht kommen könnten.

Gestern aber hat Goebbels mit einem Mal den eisernen Vorhang aufgezogen. Das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro bringt plötzlich ein Stück aus der Verhandlung, und alle Zeitungen drucken es nach. Warum, wieso?

Der ehemalige Landrat, Reichskommissar und Minister Dr. Gereke gehörte einmal zu Hindenburgs bevorzugten jungen Männern. Der alte Herr hatte unter den jüngeren Konservativen immer einen besonderen Liebling — von seinen alten Junkern in Ostpreußen nicht zu reden. Mal war es der einstige Kapitänleutnant Treviranus, dann der ins Zentrum verirrte Konservative Dr. Brüning — zuletzt eben jener Dr. Gereke. Dinssem Dr. Gereke hat das „dritte Reich“ wegen angeblicher Unterschlagungen den Prozeß gemacht. Er wurde in erster Instanz auch verurteilt, doch stand dies Urteil auf nicht sehr festen Füßen. Jetzt läuft die Berufungsverhandlung.

Aber nicht die angeblichen Veruntreuungen des Dr. Gereke sind das Interessante an dem Prozeß. Das sind vielmehr seine Beziehungen zu Hindenburg, die dort mit breitem Behagen auseinandergelagt werden. Dr. Gereke war der Mann, der im Frühjahr 1932 neben Brüning am stärksten den Wahlkampf für den Reichspräsidenten von Hindenburg gegen den Reichspräsidentenkandidaten Hitler führte. Vor allem mobilisierte er die Goldleute durch einen sogenannten Hindenburg-Ausschuß, der mehrere Millionen für den Wahlkampf zusammenbrachte. Einen Teil dieser Mittel dachte er dann später für eine politische Parteigründung unter dem Protektorat Hindenburgs zu verwenden — eine Sache, mit der schwerlich alle Geldgeber und sicherlich die wenigsten Wähler Hindenburgs einverstanden gewesen wären.

Eine saftige politische Schiebung ist da probiert worden. Und was für seine Leute waren alles beteiligt! Nicht nur Herr von Gleichen, der Präsident des Herrenklubs, nicht nur der ewige Finanzier der Reaktion Dr. Regendanz (wo kamen eigentlich Hitlers Kreuzer-Millionen her?) — sondern auch Hindenburgs Staatssekretär Dr. Meißner und selbstverständlich des alten Herrn lieblicher Sohn Oskar von Hindenburg. Die haben in aller Biederkeit das Scherlein der armen Witwe und auch das Gold des reichen Mannes, die beide nur die Wahl Hindenburgs sichern sollten, dazu beizutragen wollen, um eine neue Partei und eine neue Zeitung auf die Beine zu bringen. Und was waren die geheimsten Ziele dieser Gruppe? Im vorigen Prozeß hat Herr Treviranus ausgeplaudert, man habe im geheimen vorgehabt, nach einer Anstandsfrist Hitler doch noch an die Macht zu bringen; Brüning wollte zu diesem Zweck freiwillig zurücktreten. Das war im engeren Kreise schon früher bekannt; nun aber hat ein Zeuge es bestätigt. Möglich, daß diese Planemacher auch mit diesem Projekt im Grunde nur Hitler hereinlegen wollten — aber das, was sich im Schicksalsjahr 1932 deutsche Innenpolitik nannte, erscheint jedenfalls immer mehr als ein einziger Sumpf des Betrugs und der Unaufrichtigkeit.

An diesem perfiden Spiel waren Hitler, Göring und Goebbels ebenso beteiligt, wie die Männer, die jetzt teils auf der Anklagebank, teils auf der nicht viel besseren Zeugenbank sitzen. Das Nachrichtenbüro aber zieht den Vorhang gerade in dem Augenblick hoch, in dem ein schiefes Licht auf die Zeugenbank fällt. Denn dieser Prozeß erschüttert in erster Linie die Autorität eines Mannes: des alten Reichspräsidenten von Hindenburg selbst. Der „große alte Mann über uns“ — so hat Goebbels ihn in seinem soeben veröffentlichten Tagebuch noch angehimmelt. Zugleich aber veröffentlicht er Prozeßberichte, die den „großen alten Mann“ als Schutzpatron und Nuggießer der erwähnten Treibereien erscheinen lassen.

Das ganze heißt deutsche Treue. Argus.

„Le Figaro“

Paris, 8. Juni. Die alte Zeitung „Le Figaro“ ist mit einer neuen Leitung ausgestattet worden, die sehr bekannte Namen bringt. In dem Direktionsausschuß sitzt unter andern Graf Bladimir d'Ormesson, dessen neues Buch „Was ist ein Franzose?“ heute erscheint. Dem Leitungsausschuß gehören ferner an die bekannten Schriftsteller Pierre Briffon, André Maurois (Pseudonym für Herzog), Paul Morand und ein früherer Chefredakteur des Figaro, Lucien Romier. Der Regentenannte ist auch der eigentliche Direktor des Blattes, eine Stellung, die nach französischem Brauch Verlag und Schriftleitung zusammenschließt. Vollständiger Hauptschriftleiter ist René Lara, literarischer Hauptschriftleiter Pierre Briffon.

Saar - Abstimmungskommission

Das Schweizer Mitglied trat zurück

Genf, den 7. Juni 1934.

Der Völkerbundsrat bemüht sich seit Tagen, die Saarabstimmungskommission zu ernennen. Die von der Hitlerpresse vor einiger Zeit bereits erfolgte Meldung über die vollzogene Ernennung der drei Kommissionsmitglieder ist den Tatsachen vorweggegriffen. Auch in der Geheimfiktion vom Donnerstag ist es nicht möglich gewesen, die Kommission zu ernennen. Es ist bisher nicht gelungen, ein schweizerisches Mitglied für die Kommission zu finden. Ursprünglich war der Regierungs- und Ständerat Moutet als Mitglied vorgelesen. Nach Rücksprache mit der Berner Regierung hat Moutet die Berufung endgültig ausgeschlagen. Man glaubt auch bei anderen schweizerischen Juristen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Solange nicht die den Schweizern vorbehaltenen Stelle besetzt ist, wird auch die Ernennung der beiden anderen Mitglieder, des Schweden und des Holländers nicht vollzogen. Immerhin ist die Wahl des schwedischen Gouverneurs Rothé und des Holländers de Jong als gesichert zu betrachten.

Judenhetze an der Saar

Eine Kostprobe

Die „Volkstimme“ schreibt: Es gibt bekanntlich nach den Hitlerwünschen der sogenannten „deutschen Front“ an der Saar keinen Terror und keinen Boykott gegen Andersdenkende. Auch wird immer wieder bestritten, daß irgendwelche religiösen, rassistischen oder politischen Minderheiten irgend etwas zu befürchten hätten. Was es mit diesen Versicherungen und Erklärungen der sogenannten „deutschen Front“ auf sich hat, das zeigt am besten wiederum einmal die Freitag-Nummer ihres Hauptorgans an der Saar, die „Deutsche Front“, in der sich folgende tolle Hebe gegen die Juden befindet:

Die Firma Sigurd GmbH, Inhaber Kurt Ranbaum in Kassel, gab sich seit dem Frühjahr 1933 die größte Mühe, ihre Anzeigen in nationalsozialistischen Zeitungen unterzubringen. Da die ursprünglich jüdische Firma den Nachweis erbrachte, daß ihre Anteile an einen arischen Besitzer übergegangen sind, lagen gegen eine Aufnahme ihrer Anzeigen in der NS-Presse keine Bedenken vor. Inzwischen haben aber Ermittlungen ergeben, daß es sich um einen raffiniert getarnten Scheinverkauf handelt. Man hat festgestellt, daß die Anteile der Firma nach wie vor zu 99 Prozent im Besitze des Juden Ranbaum verbleiben. Somit dieser Tatbestand geklärt war, hat die NS-Presse selbstverständlich die weitere Veröffentlichung der Anzeigen abgelehnt.

Ein Haß von vielen, der als Beweis dafür gilt, daß der Haß zum Betrügen nun einmal im Juden drinsteckt. Doch aber eine Judenfirma es wagt, die NS-Presse, also die Organe der nationalsozialistischen Bewegung, zum Opfer ihrer Betrugsmaschinerie zu wählen, ist denn doch der Gipfel der Unverschämtheit. Man wird annehmen, daß der Herr des Juden Ranbaum aus Kassel noch kriminelle Folgen haben wird.

Wenn eine jüdische Firma in Nazi-Blättern inseriert und dafür hinterher verprügelt wird, so erntet sie eigentlich nur, was sie gesät hat. Wenn aber das Hauptorgan der sogenannten „deutschen Front“ an der Saar Schwarz auf weiß von allen Juden erklärt, daß der Haß zum Betrügen nun einmal im Juden drinsteckt, so ist das eine so ungeheuerliche Beschimpfung, Diffamierung und Hebe, wie sie in schrofferem Widerspruch zu allen Loyalitäts- und Garantieerklärungen des „dritten Reiches“ nicht stehen kann.

Champagner in Oranienburg

So leben wir . . .

Ein Schweizer Journalist, der unlängst das Konzentrationslager Oranienburg besichtigte, gibt der Roten Hilfe Deutschlands darüber folgenden Bericht:

Mit zwei Wagen der Gestapo führen wir nach Oranienburg. Dort wurde uns zunächst das Museum gezeigt. Gegenstände, die man den Arbeiterorganisationen gekohlen hatte, waren in reklamehafter Aufmachung ausgestellt und sollten „die Gefährlichkeit der Kommune“ beweisen. Gefangene wurden herangeholt, denen Fingerabdrücke abgenommen wurden, als ob sie kriminelle Verbrecher wären. Eine ganze Anzahl von Teilnehmern unserer Journalistengruppe sprach untereinander in abfälliger Weise über diese Art, gegen die Antifaschisten Stimmung zu machen.

Im Lager selbst wurden wir von der Verwaltung aufgefordert, das Mittagessen zu probieren. Es gab — man hatte unseren Besuch offensichtlich angefeindet — Kartoffeln, Hering und — Champagner! Deutscher Schaumwein, wie man uns sagte. Und es wurde behauptet, daß die Gefangenen ihn zu trinken bekämen. Jeder, der die deutschen Verhältnisse kennt, weiß, daß die deutsche Bevölkerung überhaupt keinen Wein trinkt mit Ausnahme eines kleinen Prozentsatzes der in den Weinregionen lebenden Anwohner. Ja, es gibt Millionen Menschen in Deutschland, die nie in ihrem Leben Wein getrunken haben. Trotzdem wollen uns die nationalsozialistischen Propagandisten glauben machen, daß es zum faschistischen Strafvollzug gehört, den Gefangenen Champagner zu geben.

Fünfundzwanzig Arbeiter vom Tode bedroht

Rache an Unschuldigen für zwei Polizeioffiziere

Vor dem Berliner Sondergericht hat, wie schon kurz gemeldet, der Prozeß gegen Albert Lutz und 24 Arbeiter wegen Wehrlose zum Mord begonnen. Daß dieses Verfahren überhaupt eröffnet worden ist, beweist zur Genüge, daß die Hitlerjustiz 25 Menschen mit schweren Freiheitsstrafen oder sogar mit der Todesstrafe bedroht, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu haben, daß die Angeklagten in irgend einer Form an der Ermordung der beiden Polizeioffiziere beteiligt gewesen sind. Selbst der Staatsanwalt hat in seiner Anklage zugeben müssen, daß diejenigen, die auf die beiden Polizeioffiziere geschossen haben, ins Ausland entkommen sind.

Die zwei Polizeioffiziere, die die Bevölkerung Berlins und besonders der Umgebung des Karl-Liebknecht-Hauses Tag und Nacht drangsalieren, erlitten bei einem von ihnen selbst und nach dringlichen Anrufen der Angeln der von allen befehligten Feuerüberfall unter die Augen der von allen Seiten auf triebliche Posten blind schießenden Polizei. Die faschistische Regierung will aus Rache 25 Arbeiterfunk-

Ein Dokument

Wie die Flaggenbegeisterung zustande kommt

„Bei der nächsten Gelegenheit“

Das untenstehende Dokument, dessen Original in unseren Händen ist, wurde in unzähligen Exemplaren in Berlin verschickt. In allen Ortsgruppen der NSDAP.

N. S. D. A. P.

Sau Groß-Berlin, Kreis VII
Ortsgruppe Landsberger Platz

ergab sich die Notwendigkeit, auf diese unzweideutige und drohende Weise der mangelnden Volkverbundenheit nachzuhelfen. Wohlverstanden! Diese Schreiben mußten gedruckt werden, weil sie in großer Zahl benötigt wurden.

Berlin SO 18, im Februar 1934.
Brauendörfer Straße 12

Sehr geehrter Volksgenosse!

Am 30. Januar d. Js., dem Jahrestag der Machtübernahme durch unseren Kanzler Adolf Hitler, ist allgemein bemerkt worden, daß Sie nicht das siegreiche Hakenkreuzbanner gehißt haben. Ich glaube nicht, daß Sie sich in bewußten Gegensatz zu dem Großteil unserer Bevölkerung setzen wollen, oder daß Sie sich von der Verbundenheit des gesamten Volkes, die sich durch das Flaggen zeigt, ausschließen wollen. Wahrscheinlich liegt es daran, daß Sie keine Hakenkreuzfahne besitzen. Die Fahnen sind heute aber so billig und in allen einschlägigen Geschäften zu haben, daß ich annehme, Sie werden in Zukunft ebenfalls beweisen, und zwar durch Zeigen der Hakenkreuzfahne, daß Adolf Hitler auch Ihr Führer ist.

Ich bitte Sie nun, Ihren Entschluß, sich eine Hakenkreuzfahne anzuschaffen, baldmöglichst auszuführen, weil sonst die Gefahr besteht, daß es wieder vergessen wird. Bei der nächsten Gelegenheit, am 25. Februar 1934 zur Gründungsfeier der N.S.D.A.P., hoffe ich, auch bei Ihnen eine Fahne zu sehen.

Heil Hitler!

Joh. Lübeck
Ortsgruppenleiter

Bei Strafe des Verhungerns

Wie die SA. zusammengehalten wird

(Sopade) Die braune Armee ist angeblich der Zusammenschluß der treuesten Anhänger des Systems, die gewillt sind, notfalls auch ihr Leben für den Bestand der Diktatur in die Schranken zu schlagen. Röhm hat erst kürzlich die SA. als die Schutzgarde der nationalsozialistischen Revolution gefeiert. In Wirklichkeit ist selbst in den Reihen dieser alten Kämpfer die Begeisterung für das „dritte Reich“ eine rare Sache geworden, und viele Tausende Braunhemden sind längst des militärischen Drills müde, mit dem sie tagaus, tagein gequält werden.

War aber in vielen Fällen der Beitritt zur SA. nicht die Folge eines freien Entschlusses, sondern das Ergebnis eines mehr oder weniger starken Drucks, so ist es geradezu unmöglich, ohne Gefahr für die persönliche Freiheit und für die wirtschaftliche Existenz aus der braunen Schutzgarde der nationalsozialistischen Parteidiktatur wieder herauszukommen. Ein SA.-Mann, der ebenfalls

den ewigen militärischen Dienst satt hat, sendet uns das folgende Schreiben, das ihm von seinem Obertruppführer zugeht:

SA. der NSDAP. den . . . 24
Nachrichtenturm der Brigade
Fernsprechturm
An den SA.-Mann
Auf Grund Ihrer Interessenlosigkeit am Dienst, dauernder Entschuldigung ohne stichhaltigen Grund, werde ich Antrag auf Ausschluß aus der SA. beim Nachrichtenturm bann stellen. Sie werden hiermit aufgefordert, sich am Montag, den 5. März 34 im Sturmlokal 20 Uhr bei mir zu melden und Ausweis und Versicherungskarte mitbringen. Ich verbiete Ihnen hiermit das Tragen der SA.-Uniform und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Sie sofort festnehmen lasse, falls Sie entgegen dem Verbot die Uniform tragen sollten.

Sollten Sie am Montag ohne Entschuldigungsgrund nicht erscheinen, wäre ich gezwungen, Sie vorzuführen zu lassen. Des weiteren mache ich Sie darauf aufmerksam, daß der Ausschluß aus der SA. eine Mitteilung davon an Ihre Sie beschäftigende Firma und an das Arbeitsamt zur Folge hat.

Der Führer des Fernsprechturms
(Unterschrift)
Obertruppführer

Dieses Schreiben ist ein Kulturdokument des Hitlerischen Zwangsstaates. Wer einmal in den Dienst der braunen Diktatoren getreten ist, der ist ein rechtloser Gefangener. Er hat willenlos zu gehorchen, sonst riskiert er — siehe das Schreiben — Vorführung durch die SA., Festnahme wegen verbotenen Tragens der SA.-Uniform, und im Falle des Ausschlusses die Denunziation bei seinem Arbeitgeber und damit die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz. Ist er arbeitslos, dann wird ihm auch noch das Arbeitsamt die Zahlung der Unterstützung und die Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ verweigern.

Während Goebbels und sein Lautsprecher gegen die Riesmacher und Kritiker, gegen Juden und Saboteure zu Felde ziehen, wird in der Kerntruppe der Nazibewegung, in der SA., ein stiller und wirksamer Terror geübt, um die Enttäuschten und Ernüchterten immer von neuem in die braune Zwangsjacke zu zwingen.

„Immer schwieriger“

Nach dem reichlich günstig gefärbten Bericht der Badischen Industrie- und Handelskammer für den Monat Mai haben sich, wenn auch vielleicht da und dort kein neues Anzeichen spürbar wurde, doch die Absatzverhältnisse, was das Inlandgeschäft betrifft, fast ohne Ausnahme gehalten. Vereinzelt Rückschläge erklären sich entweder saisonmäßig oder mit dem Vorliegen besonderer Gründe. Im Auslandsabsatz wird die Lage immer schwieriger. Die bekannten Hemmnisse haben sich z. T. derart verstärkt, daß nicht selten von einem völligen Ruhen der Exporttätigkeit berichtet wird. Die jüngste Entwicklung der Devisenlage gibt zu Befürchtungen für genügende Rohstoffversorgung Anlaß, die bei maßgebenden Geschäftszweigen Badens (z. B. Textilindustrie) Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeiten ist. Die Konkurrenzlage gibt weiterhin häufig Anlaß zu Klagen über ungesunde Preisverhältnisse. Auch wird die schleppende Zahlungsweise und wenig gesunde Schuldnermoral sowie das unnötig gesteigerte Arbeiten mit Wechseln oft gerügt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Inlandgeschäft jedenfalls auch weiterhin eine befriedigende Entwicklung zu nehmen scheint.

Nicht einmal Margarine

Man schreibt uns aus dem Reiche:
Die Verordnung über den Bezug sogenannter verbilligter „Haushaltmargarine“ ist das fehlgeschlagene Produkt regierungsseitiger Bemühungen zur Rettung des deutschen Bauernstandes. Was besagt nun diese Verordnung? Sie brachte die Schaffung von Bezugsscheinen für die minderbemittelte Bevölkerung zum Erwerb verbilligter Margarine (das heißt Verbilligung im Rahmen einer unerhörten steuerlichen Belastung für alle Speisefettprodukte, die nicht rein deutschen Ursprungs sind; die Verteuerung beträgt 100 und mehr Prozent). Ist an sich das Quantum der auf Bezugsscheine zu beziehenden Ware (pro Person und Monat ein Pfund Margarine) schon bei weitem nicht ausreichend, da markenfreie Ware für die benannten Kreise der hohen Preise wegen nicht erschwinglich sind, so kommt als besonders skandalöser Uebelstand hinzu, daß nun schon seit Wochen in der Belieferung der sogenannten Bezugsscheinware eine erhebliche Stockung eingetreten ist, so daß die Versorgung mit einem der notwendigsten Lebensmittel für große Teile der Bevölkerung unmöglich wurde. Tausende von Familien allein in der kleinen Stadt, von der hier berichtet wird, sehen sich daher in die „große“ Zeit des Krieges versetzt, eine Duplizität der Ereignisse, die sicherlich Vergleiche aufzwingt, die ihren Ausdruck wohl nicht in einem „befreienden“ „Heil Hitler“ finden. Die Meinung Goebbels, wonach Deutschland das Land des Lächelns geworden ist, dürfte schon durch diese Tatsache eine besondere Wertung erfahren.

Sorgen der Landwirtschaft

Die Landesbauernschaft Thüringen teilt u. a. mit, daß die bisherige genossenschaftliche Eierfassung und die Eierkennzeichnungsstellen bestehen bleiben. Es sei falsch, anzunehmen, daß mit dem 1. Juni der Eierhandel auf dem Lande wieder freisufkaufen könne. Nur in solchen Dörfern, in denen sich dafür eine wirtschaftliche Notwendigkeit ergebe, sollten in Ausnahmefällen Händler zum freien Verkauf zugelassen werden. Jedoch müßten auch die frei erfassten Eier der nächsten Kennzeichnungsstelle zugeführt und gegen Lohn gekennzeichnet werden.

Hitler und die Rüstungsinternationale

Vor wenigen Jahren hat die Firma Krupp einen Prozeß gegen das führende britische Rüstungsunternehmen Armstrong-Vickers gewonnen. Es handelte sich um eine Lizenz für Granaten. Die englischen Händler wurden verurteilt, den deutschen Helden für jede dieser Granaten, die im Krieg gegen Deutschland oder seine Verbündeten abgeschossen worden war, eine Gebühr zu bezahlen. So durften die deutschen Soldaten, denen Granatsplitter den Schädel zerschmetterten oder die Eingeweide herausrissen, wenigstens das stolze Gefühl haben, damit zum Gedeihen eines echt deutschen, streng vaterländischen Unternehmens, von dessen Kapital der Kaiser selbst einen erheblichen Teil besaß, beigetragen zu haben. Vor dem Krieg wurde bekannt, daß die große Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in eine französische Zeitung die Nachricht lanciert hatte, Frankreich sei dabei, eine bestimmte Waffentype einzuführen. Die Folge und der Zweck war, daß daraufhin die Fabrik von der deutschen Heeresverwaltung eine große Bestellung auf diese Waffe erhielt.

Solche Beispiele liegen sich häufen. Sie zeigen, wie durchaus ohne alle moralischen Vorurteile oder nationalen Hemmungen das Rüstungskapital, gleich jedem anderen Kapital, seine Geschäfte macht skrupellos und durchaus international. Nur daß es sich von der Taschenmesser- und Kaffeemühlenindustrie dadurch unterscheidet, daß es nicht Gebrauchs-, sondern höchst wirkungsvolle Wordinstrumente liefert, und daß seine Träger sich durch ganz besonders vaterländische Gesinnung auszeichnen und mit den Regierungen und maßgebenden Politikern meist in sehr enger Verbindung

* Man lese die treffliche Schrift: „Die blutige Internationale des Rüstungskapitals“ von Schwann-Ruschold.

Neue Nöte — Neue Experimente!

Die Folgen der gescheiterten Transferkonferenz

Trotz des beschönigenden Kommuniqués und trotz der wochenlangen Dauer hat die Berliner Transferkonferenz mit einem völligen Fiasko geendet. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Vertreter der Gläubiger, also die ausländischen Bankiers, die seinerzeit die zahlreichen Emissionen deutscher Anleihen untergebracht hatten, ebenso wie bei allen früheren Konferenzen ein großes Interesse daran hatten, einen Prestigeverlust bei ihrer Kundschaft dadurch zu vermeiden, daß man eine offene und einseitige Erklärung eines deutschen Schuldenmoratoriums verhinderte. Jedes Ergebnis der Konferenz, auch das bescheidenste, wäre den Gläubiger-Delegierten lieber gewesen als die jetzt erfolgte offene Feststellung der Tatsache, daß der deutsche Schuldner nicht zahlen kann und nicht zahlen will, daß man sich also damals, als man der Kundschaft zur Zeichnung dieser Anleihen und zur Bergabe von Krediten und Investitionen nach Deutschland rief, gründlich geirrt hat. Nach verzweifelten Anstrengungen sind besonders die amerikanischen Bankiers zu dem Ergebnis gekommen, daß alle weiteren Verhandlungen mit den heutigen Sachwaltern der deutschen Währungs- und Finanzinteressen sinnlos geworden sind.

Die Schweizer und Holländer haben sich ebenfalls von der Konferenz zurückgezogen, da jede Aussicht, eine weitere Sonderbehandlung ihrer Forderungen durchzusetzen, geschwunden war. Gerade hieraus ergeben sich schon für die nächsten Monate sehr große Schwierigkeiten, denn das Aktivum der deutschen Handelsbilanz mit Holland beträgt 380 Millionen RM., dasjenige mit der Schweiz 270 Millionen.

Im Gegensatz zu diesen hohen Aktivsaldo der Handelsbilanz erfordern die deutschen Zahlungsverpflichtungen nach Holland nur 237 Millionen, diejenigen nach der Schweiz sogar nur 190 Millionen RM. Während es bisher ohne weiteres möglich war, auf dem Wege der deutsch-holländischen und deutsch-schweizerischen Sonderabkommen nicht nur den Finanzverpflichtungen an diese beiden Länder voll nachzukommen, sondern darüber hinaus noch einen recht erheblichen Devisenzufluß aus dem Exportsaldo zu sichern, so liegen die Dinge heute angesichts der großen Gefahr, daß diese beiden Länder nach erfolgter Ablehnung einer Einigung Repressalien im Wege eines Zwangsclearings und starker Einfuhr-Erschwerungen für deutsche Waren ergreifen werden, sehr schlimm. Diese 650 Millionen RM. stellen einen sehr wesentlichen Teil des deutschen Außenhandelsvolumens dar. Dieser Betrag ist heute auf das schwerste gefährdet. Man hat auf deutscher Seite dem amerikanischen Standpunkte Rechnung getragen, der jede Bevorzugung einzelner Gläubiger, wie Hollands und der Schweiz, als unfair und für die öffentliche Meinung der USA. als untragbar bezeichnete. Da man aus mancherlei Gründen, die nicht zuletzt auch politischer Natur gewesen sein mögen, dem amerikanischen Druck gewichen ist, ist man jetzt gezwungen, einem Verluste der beiden annähernd wichtigsten Aktivsaldo der Handelsbilanz entgegenzusehen. Auf der anderen Seite hat man die Amerikaner hierdurch keineswegs milder gestimmt. Sie waren die ersten, die die Konferenz verließen und die Tatsache, daß die ganze gleichgeschaltete Presse wie auf ein Kommando das mangelnde Verständnis der Amerikaner auf „rassistische Vorurteile“ der vorwiegend jüdischen Wallstreetkreise zurückführte, dürfte auch nicht gerade dazu beigetragen haben, einen Stimmungswandel in Amerika vorzubereiten. Das sehr kostspielige Entgegenkommen ist also ergebnislos geblieben. Man hat sich zwischen zwei Stühlen gesetzt. Jetzt will man den Knoten durchhauen, indem man das Moratorium, das durch Verständigung nicht zu haben war, „autoritär“ durch Diktat verkündet.

Man wird also zunächst vom 30. Juni 1934 bis 30. Juni 1935 nichts oder fast nichts mehr zahlen. Aber die deutsche Außenhandelsbilanz wird sich auch hierdurch

nicht verbessern. Schon in den ersten vier Monaten hat man einen Passivsaldo von 137 Mill. RM. ausgewiesen. In Wirklichkeit waren die Devisenverluste aber sehr viel größer, weil mehr als ein Drittel des Exportes durch das Skrips-Verfahren keine Devisen bringt.

Da die gesamte Ausfuhr vom Januar bis inkl. April rund 1400 Mill. RM. betrug, so ergibt sich hier ein weiterer Devisen-Ausfall von weit über 450 Mill. RM., also ein Devisenverlust von rund 600 Mill. für vier Monate. Eine Fortsetzung der bisherigen Einfuhr würde also zu einem Devisendefizit von nicht viel weniger als 2 Milliarden RM. im laufenden Jahre führen. Es bedarf kaum besonderer Begründung, daß dies der Weg in das Chaos ist, und auch die Tatsache, daß in deutschem Privatbesitz noch für 1,5 Milliarden ausländischer Wertpapiere liegen, die das „dritte Reich“ seinem „Aufbau“ nutzbar machen könnte — und zweifellos auch früher oder später ausnutzen wird — kann wenig an der Feststellung ändern, daß das gesamte als „Arbeitsbeschaffung“ angepriesene Aufrüstungsprogramm jetzt unvermeidlich auf das Hindernis der Rohstoffnot stößt.

Die Möglichkeit, Rohstoffnot und Devisenmangel aus eigener Kraft, also durch starke Exportsteigerung, oder durch fremde Hilfe, also durch einen einmaligen bedeutenden Rohstoffkredit des Auslandes zu beseitigen, besteht heute nicht mehr.

Der bisherige niedrige Stand der deutschen Ausfuhr ließ sich nur noch dadurch aufrecht erhalten, daß man den Käufern deutscher Waren gleichzeitig Zugeständnisse hinsichtlich der Bezahlung ihrer Forderungen machte. Mit diesem Schwänden der Aussicht, die durch das Fiasko der Transferkonferenz endgültig begraben sein dürfte, ist auch der letzte Rest des ausländischen Interesses für deutsche Exportwaren erschöpft. Weder ein weiteres Sozialdumping noch Versprechungen für eine ferne Zukunft werden an diesen trüben Aussichten des deutschen Exportes viel ändern können. Was aber den Rohstoffkredit angeht, so ist es durch die geschickte Verhandlungstaktik der deutschen Vertreter auf der Transferkonferenz nunmehr gelungen, auch diese Hoffnung völlig zu zertrümmern. In Wirklichkeit hat es sich nämlich bei der ganzen Konferenz viel weniger um die Fortsetzung der Schuldzahlungen — die Konkursklärung war schon längst vor Konferenzbeginn eine beschlossene Sache — gehandelt, als vielmehr um einen Versuch, die Gläubiger von der Notwendigkeit neuer Kredite zu überzeugen. Damals schrieb der Regierung nahe stehende „Deutsche Volkswirt“: „Selbst wenn die vollständige Einstellung aller bisher noch für den Zinsendienst der Auslandsanleihen geleisteten Bartransfers zu einem denkbar frühen Termin erfolgen würde, so würde das allein in der nächsten Zeit voraussichtlich nicht genügend Devisen für eine unbeschränkte Rohstoffeinfuhr freimachen.“

Die Aussicht, daß die ausländischen Gläubiger, die ihr Geld in Deutschland fast restlos verloren haben, heute, nachdem man ihnen diese Tatsache schriftlich bestätigt hat, irgend etwas tun werden, um die „unbeschränkte Rohstoffeinfuhr“, die man in Berlin für das Hauptziel aller Wirtschaftspolitik hält, zu ermöglichen, ist wirklich gleich Null.

Mit dieser Frage nach der Fortsetzung der Rohstoffeinfuhr steht und fällt aber das ganze Aufrüstungsprogramm, der scheinbare Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und daher auch die Möglichkeit des Hitlerregimes, sich auf längere Sicht zu stabilisieren. Das Fiasko der Transferkonferenz stellt somit die Existenz des ganzen Hitlerregimes zum ersten Mal ernstlich in Frage. Erst jetzt hat die seit vielen Monaten fortschreitende Zerlegung der deutschen Wirtschaftskraft die allerdings vielen durch die Scheinblüte einer forcierten Binnenkonjunktur verborgen war, einen so hohen Grad erreicht, daß die Existenzfrage des Systems aufgerollt ist. Ihren wirtschaftlichen Ausdruck findet sie in dem Problem der Rohstoffversorgung.

Also man ist nicht vorurteilsvoll in diesen Kreisen. Und so erscheint es durchaus glaubhaft, wenn (wie Hamilton berichtet) der Sozialdemokrat Faure am 11. Februar 1933 in der französischen Kammer mitgeteilt hat, daß die Wahlbewegung Adolf Hitlers von den Direktoren der österreichischen Skoda-Werke mit großen Summen unterstützt werde. Wer aber ist Skoda? Ein Werk, das von dem großen französischen Rüstungsunternehmen Schneider-Creuzot abhängt, nach dessen Weisungen die Skoda-Direktion handelt.

Der Zusammenhang ist so auch klar. Schneider-Creuzot, der ebenso wie Ford und die übrigen Großunternehmen ein leidenschaftlicher Anhänger der (kapitalistischen) „Ordnung“ ist, hatte schon darum wie jene ein Interesse daran, einen so wirksamen und uneigennütigen Kämpfer gegen den gesellschaftsgefährdenden Marxismus, wie Hitler war und ist, auch über die Landesgrenzen hinüber zu fördern. Dazu aber kam auch noch die kleine geschäftliche Erwägung: Kommt Hitler zur Macht, so wird er, glühender Patriot wie Göring, natürlich als erstes die durch die Landesverräter Sirejmann, Brüning, Brüning, Brüning, Brüning vernachlässigte deutsche Rüstung sofort in Schwung bringen. Hitlers bekannte Feindschaft gegen Schneiders französisches Vaterland konnte für den Rüstungsfranzosen Schneider natürlich kein Hindernis sein. Mühte er sich doch sagen: wenn Deutschland mit der Richtung, Frankreich siegreich zu schlagen, aufrüstet — was wird dann die Folge sein? Klar, daß dann auch Frankreich und seine Verbündeten wieder einen großen Anlauf zur Weiterrüstung machen werden. Und wer macht dann das Geschäft? Schneider-Creuzot oder richtiger: seine Arbeiter der Siem und der Faust, denen zuliebe er bekanntlich uneigennützig sein Geschäft betreibt. Uneigennützig — wie Armstrong-Vickers, wie Krupp, wie Göring und Hitler. Lauter Patrioten! Das sind sie alle — alle ehrenwert.

Chott.

